

Gerhard Wettig, *Bereitschaft zur Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945-1955*, München 1999: Olzog-Verlag, 331 Seiten, 24,80 DM.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab die sowjetische Deutschlandpolitik immer wieder Anlass zu vielfältigen Spekulationen. Im Mittelpunkt stand dabei die zentrale Frage, ob die Sowjetunion unter Stalin die alleinige Verantwortung für die deutsche Teilung zu tragen hatte oder ob das wiederholt vorgebrachte sowjetische Bekenntnis zur Einheit Deutschlands ernst gemeint war.

Dass sich in der Bundesrepublik unterschiedliche Meinungen über die sowjetische Rolle in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten herausbildeten, lag vor allem an der lange Zeit völlig ungenügenden Quellsituation. Bis Anfang der neunziger Jahre fehlte der Einblick in interne Vorgänge in Moskau und Ost-Berlin. Die Forschung blieb auf die Auswertung von Sekundärquellen angewiesen, wobei es sich zumeist um offizielle Verlautbarungen der Kommunistischen Partei handelte. Das änderte sich erst

mit dem Epochenumbruch von 1989/90, der zu einer Öffnung der östlichen Archive führte und damit völlig neue Forschungsperspektiven bot. Die gelockerten, wenn auch noch immer eingeschränkten Zugangsmöglichkeiten vor allem zu den sowjetischen Archiven nutzt nun Gerhard Wettig, der bis Anfang dieses Jahres Leiter des Forschungsbereichs Außen- und Sicherheitspolitik am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln war und ein langjähriger Beob-

gelesen

achter und hervorragender Kenner der sowjetischen Politik ist.

Auf der Basis bislang unveröffentlichten Quellenmaterials des Partei- und Staatsapparates der UdSSR, ergänzt um Dokumente aus den Archiven der DDR, untersucht er in seiner Studie *Bereitschaft zur Einheit in Freiheit? die sowjetische Politik gegenüber Deutschland im ersten Jahrzehnt nach Kriegsende*.

Wettig zeichnet darin ein illusionsfreies Bild der sowjetischen Deutschlandpolitik: Deziert vertritt er die These, die sowjetische Führung sei zu keinem Zeit-

punkt bereit gewesen, einen gesamtdeutschen Staat mit einer wirklich demokratischen Ordnung zuzulassen. Gestützt wird seine Ansicht durch Quellenfunde in den von ihm ausgewerteten Aktenbeständen. Zwar ist vieles von dem, was Wettig gewohnt souverän beschreibt, nicht wirklich neu, sondern in den Grundzügen bereits bekannt. Allerdings gelingt es ihm, etliche bisher unerforschte Details zu klären, Hintergründe offen zu legen und Entwicklungen zu erhellen. Daraus ergeben sich manche neuen, in ihrer Deutlichkeit nicht selten auch unerwarteten Erkenntnisse. Doch trotz Wettigs gründlicher und überaus sachkundiger Arbeit bleiben Fragen offen.

Etliche Vorgänge liegen noch im Dunkeln, was vor allem auf die seit Mitte der neunziger Jahre wieder sehr rigide Archivpolitik der russischen Regierung zurückzuführen ist. Gleichzeitig lässt Wettig aber auch wichtige Aspekte unberücksichtigt, die die Intentionen und Wandlungen der sowjetischen Politik hätten miterklären können. So wird beispielsweise die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik unter Konrad Adenauer ebenso ausgebendet wie die wichtige

Rolle der Westmächte auf diesem Gebiet mit ihren Aktionen oder Reaktionen bezüglich der sowjetischen Politik. Besonderes Gewicht legt Wettig in seiner kenntnisreichen Untersuchung auf die Analyse der Moskauer Deutschland-Note vom 10. März 1952, in der die Sowjetunion den Westmächten die Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland vorschlug; an dessen Ende sollte ein gesamtdeutscher Staat stehen. Diese Note bildete in den vergangenen Jahrzehnten den Ausgangspunkt für die kontroversen Diskussionen in der Bundesrepublik bei der Bewertung der stalinschen Deutschlandpolitik.

Während die einen in ihr lediglich einen Propagandastück Stalins vermuteten, sahen andere in der Note eine echte Chance zur Wiedervereinigung, die vom Westen nicht entschlossen genug genutzt worden sei. In betont kritischer, aber immer wohltuend sachlicher und fairer Auseinandersetzung mit bisherigen Forschungsergebnissen räumt Wettig gründlich mit der These von der „verpassten Gelegenheit“ auf; mit dieser wurde Stalin die Bereitschaft unterstellt, um den Preis des westlichen Ver-

zichts auf Wiederbewaffnung eine demokratische Vereinigung Deutschlands zu ermöglichen und so die DDR aus dem sozialistischen Herrschaftsbereich zu entlassen: „In bisher verfügbaren Moskauer und Ost-Berliner Dokumenten“, resümiert Wettig, „findet sich nicht der mindeste Hinweis darauf, dass Stalin oder seine Nachfolger jemals bereit gewesen wären, um der deutschen Einheit willen das sozialistische System in der SBZ/DDR fallen zu lassen.“ Vielmehr habe die sowjetische Führung von Anfang an am sozialistischen Auf- und Ausbau der SBZ/DDR gearbeitet, zum einen, weil diese Politik ihrem Selbstverständnis als kommunistischer Welt- und Führungsmacht entsprach, zum anderen, weil die politische Entwicklung angesichts des Kalten Krieges kaum realistische Hoffnungen auf die von Stalin angestrebte Verwirklichung gesamtdeutscher Perspektiven unter sozialistischen Vorzeichen zuließ.

Bei der März-Note handelte es sich also, wie detailliert nachgewiesen wird, um eine „scheindiplomatische Initiative“, an deren Annahme die Sowjetführung überhaupt nicht interessiert war. Vielmehr sollte sie, so

die taktische Überlegung, einen Beitrag zu einer künftigen innerwestlichen Konfliktverschärfung leisten. Es war Stalins Absicht, die innenpolitischen Grundlagen für die Politik Adenauers und der Westmächte zu zerstören. Er wollte mit der angekündigten Wiedervereinigungsperspektive die bundesdeutsche Bevölkerung zum Kampf gegen die Wiederbewaffnung und zum Sturz Adenauers bewegen, um so Auseinandersetzungen zwischen den Westmächten zu provozieren, aus denen die Sowjetunion hätte Nutzen ziehen können. Ein wiedervereinigtes Deutschland konnte, so meint Wettig, schon deshalb nicht im Interesse der Sowjetunion liegen, weil die UdSSR durch ein Fallenlassen des ostdeutschen Staates ihre Machtbasis sowohl für weitere bestimmende Einflussnahmen auf die Entwicklung Deutschlands als auch zur Aufrechterhaltung ihres Blocks in Osteuropa gefährdet hätte.

Die so oft beschworene Verhandlungs- und Kommissbereitschaft Stalins in der deutschen Frage lässt sich nach dem Studium der internen Quellen an keiner Stelle bestätigen. Zwar operierte der Sowjetstaat seit Kriegsende stets mit der For-

derung nach der staatlichen Einheit Deutschlands, allerdings „stand die seit März 1945 verfolgte Politik der deutschen Einheit unter dem Vorbehalt, dass sich die damit verknüpften Macht- und Systemziele durchsetzen lassen würden“. Von Beginn an wurden konsequent strukturelle Grundlagen für das sozialistische Endziel nach sowjetischem Vorbild in Ostdeutschland gelegt, die man langfristig auf Gesamtdeutschland auszudehnen gedachte.

Überzeugend arbeitet Wettig heraus, dass sich in der Stalin-Zeit die Forde-

rung nach der deutschen Einheit, die durch das Verlangen nach Abschluss eines Friedensvertrages mit dem zu vereinigenden Deutschland zusätzlich unterstrichen wurde, und die Praxis der sozialistischen Umgestaltung in Ostdeutschland keineswegs ausschlossen. Vielmehr standen beide Politikstrategien gleichberechtigt nebeneinander. Ihre „Vermittlungsbasis“ war die Kommunistische Partei, für Moskau die zentrale Aktionsbasis eines einheitlichen Deutschlands unter kommunistischen Vorzeichen. Sollte die Ausdehnung des

sowjetischen Modells auf das gesamte Deutschland nicht möglich sein, so wollte Stalin zumindest den ostdeutschen Teilstaat dem System und der Macht der UdSSR unterwerfen. Niemals, das verdeutlicht der lesenswerte Band Wettigs einmal mehr, bestand in der Sowjetunion die Bereitschaft, auf die sozialistische Ordnung innerhalb des eigenen Machtbereichs zu verzichten und die Einheit des geteilten Landes auf der Basis einer parlamentarischen Demokratie nach westlichem Muster zu akzeptieren.

Robert Grünbaum

Tägliche Enteignung

„Benzin ist das Lebensmittel der mobilen Welt. Hier sticht der Stachel der täglichen Enteignung, dessen symbolischer Schmerz weit schlimmer wirkt als die tatsächliche Existenzbedrohung. Es geht nicht nur um Geld. Es geht um die Legitimität von Politik. Was darf sie den Menschen zumuten – und wofür? Die Frage trifft gerade populistische Regierungen im Nerv, die, wie die rot-grüne in Berlin, vielen vieles versprochen haben und jetzt begründen müssen, warum man gerade beim Sprit kein Entgegenkommen zeigen kann. Das leuchtet schon deshalb nicht ein, weil die Benzinsteuern – vor allem der Teil, der sich in Deutschland Ökosteuer nennt – wie alle anderen Steuern spurlos im großen anonymen Orkus der Staatsfinanzen verschwindet. Was durch den Benzinpriest jetzt aufbricht, ist die verheerende Diskrepanz einer Politik, die keinem irgendwas zuzumuten verheißt und doch das genaue Gegenteil tut. Darin liegt die wirkliche Sprengkraft dieses Themas.“

(Johann Michael Möller am 13. September 2000 in *Die Welt*)